

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 8. Juni 2010

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Christian Wulff für Amt des Bundespräsidenten nominiert.** Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht. Wir bedauern diesen Rücktritt und danken ihm herzlich für seine über viele Jahre geleistete Arbeit.

Mit Ministerpräsident Christian Wulff haben CDU, CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt: Er führt in Niedersachsen seit langer Zeit sehr erfolgreich eine christlich-liberale Koalition und hat das Bundesland mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügtten Wertefundaments regiert. Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht. Wir sind sicher, dass er ein hervorragender Bundespräsident werden wird.

- **Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik.** In einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion haben wir gestern über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Insgesamt sollen bis zum

Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, der Beteiligung von Unternehmen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir diesen Weg beschritten: 2009 haben wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert; vor dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik standen wir kurz davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen Weg setzen wir nun konsequent fort.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushaltes macht Einsparungen auch in den Bereichen Arbeit und Soziales erforderlich. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

- **Maßnahmen gegen Spekulanten.** Der sichtbaren Erschütterung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte tritt die christlich liberale Koalition mit einem Gesetzentwurf entgegen, der in der vergangenen Woche im Kabinett verabschiedet wurde und der potenziell krisenverstärkende Finanzmarkttransaktionen verbietet sowie mehr Transparenz bei diesen Geschäften schafft. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass Leerverkäufe in erheblichem Maße zu einer Destabilisierung der Kursentwicklung von Wertpapieren führen können. Deshalb werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie Kreditderivate auf Staatsschuldtitel der Eurozone ohne Absicherungszwecke verboten. Darüber hinaus schafft der Gesetzentwurf eine gesetzliche Ermächtigung für ein Verbot entsprechender Derivate.

Darüber hinaus wird für Netto-Leerverkaufspositionen ein zweistufiges Transparenzsystem eingerichtet, das den Vorschlägen für ein entsprechendes ge-

samteuropäisches System folgt. Das Modell sieht zum einen eine Pflicht zur Unterrichtung der BaFin und zum anderen die Pflicht zur Veröffentlichung größerer Leerverkaufspositionen vor.

- **Kosovo-Mission erfolgreich.** In dieser Woche werden wir über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) diskutieren und namentlich abstimmen. Zur Verbesserung der Sicherheitslage hat der Einsatz von KFOR maßgeblich beigetragen. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist die Lage im Kosovo stabil. Seit dem vergangenen Jahr können wir unsere Soldatinnen und Soldaten verstärkt für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Kosovo einsetzen und nun gemeinsam mit unseren Verbündeten die Missionsstärke deutlich verkleinern. Das Mandat sieht deshalb eine Reduktion der Obergrenze der Kräfte der Bundeswehr von 3500 auf 2500 vor. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, das Kosovo so zu unterstützen, dass es ohne ausländische Truppen für seine Sicherheit sorgen kann. Trotz solider Wachstumsraten ist das Kosovo noch immer das wirtschaftliche Schlusslicht in Europa und muss enorme Herausforderungen bewältigen. Korruption und organisierte Kriminalität bleiben zentrale Probleme des jungen Staates. Die Verfassung des neuen Staates garantiert die Sicherheit und Gleichberechtigung auch für die Kosovo-Serben, die dort lebenden Roma und andere Minderheiten. Aber erst dann, wenn alle Ethnien im Kosovo auch im Alltag in Freiheit und Sicherheit leben können, wird das Kosovo zur Ruhe kommen.
- **Einschränkung der Religionsfreiheit in der Türkei ist inakzeptabel.** Eine Delegation der Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche die Türkei besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Lage der christlichen Minderheit zu machen. Nach Gesprächen in Istanbul reiste die Delegation weiter nach Südostanatolien zum Kloster Mor Gabriel. Gespräche mit Vertretern fast aller Konfessionen zeigen, dass die Religionsfreiheit in der Türkei nicht im vollen Umfang gewährt wird. Besonders drastisch sind die Einschränkungen für die religiösen Minderheiten. So ist den Kirchen etwa die Ausbildung des geistlichen Nachwuchses verboten. Gleiches gilt für das Unterrichten der eigenen Sprache. So dürfen beispielsweise die syrisch-orthodoxen Christen keinen Unterricht in Aramäisch, der Sprache Jesu Christi anbieten. Besonders prekär ist die Lage des Klosters Mor Gabriel, das aufgrund einer Reihe

von vor Gericht ausgetragenen Streitigkeiten um Liegenschaften sich in seiner Existenz bedroht sieht. Die gravierenden Einschränkungen der Religionsfreiheit in der Türkei sind nicht akzeptabel und müssen im Rahmen unserer wertegeleiteten Außenpolitik auch mit den Vertretern der türkischen Regierung besprochen werden.

II. Die Woche im Parlament

- In erster Lesung beraten wir in dieser Woche das **Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte**, welches ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtiteln der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verbietet. Zudem werden Ermächtigungsgrundlagen geschaffen, durch die das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weitere Geschäfte verbieten können.
- In erster Lesung steht das **Gesetz zur Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010** zur Beratung an, mit welchem die Entscheidung im Koalitionsvertrag umgesetzt wird, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Die Verkürzung des Grundwehrdienstes geht mit einer entsprechenden Verkürzung des Zivildienstes einher. Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab 1. Juli 2010 antreten werden. Mit der Verkürzung mussten weitere Folgeänderungen festgelegt werden, wie z.B. die Abschaffung des abschnittsweisen Grundwehr- und Zivildienstes. Der Zivildienst kann zukünftig freiwillig verlängert werden.
- Wir wollen in dieser Woche die **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR)** beschließen. Es handelt sich um ein unbefristetes Mandat. Auf Wunsch der Fraktionen der CDU/CSU und FDP erfolgt eine konstitutive Befassung des Deutschen Bundestages. Die internationale Truppenpräsenz KFOR wird zur Aufrechterhaltung ei-

nes sicheren Umfeldes so lange für erforderlich gehalten, bis die Sicherheitsorgane des Kosovos, unterstützt durch die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX, die Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen im Kosovo gleichermaßen gewährleisten können. Im Norden Kosovos, insbesondere in der zweigeteilten Stadt Mitrovica, ist das Eskalationspotential weiterhin hoch. Da sich die Lage aber insgesamt weiter stabilisiert hat, wird die Personalobergrenze des deutschen Einsatzkontingents von bislang 3.500 auf 2.500 Soldaten gesenkt.

- Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen auf dem Europäischen Rat am 17./18. Juni 2010 in Brüssel als Nachfolgekonzept der Lissabon-Strategie die neue Strategie „Europa 2020“ beschließen. Dies soll die Volkswirtschaften der Europäischen Union zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum für bessere Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt befähigen. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Europa 2020 – Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union braucht realistische und verbindliche Ziele** befürwortet die neue Strategie, unterstützt aber zugleich die kritische Haltung der Bundesregierung zu einzelnen Zielen und Indikatoren. Wichtig ist jetzt, aus den Schwächen der Lissabon-Strategie zu lernen und das neue Konzept erfolgreicher zu machen. Der Koalitionsantrag ist zugleich Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Art. 23 Abs. 3 GG i. V. m. § 9 EUZBBG.
- Mit dem **Bundesbericht für Forschung und Innovation 2010** unterrichtet uns die Bundesregierung über die verschiedenen Elemente des deutschen Forschungs- und Innovationssystems. Der Bericht zieht zugleich eine Bilanz der Reformen und stellt eine Antwort auf das **Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2010** der Expertenkommission Forschung und Innovation dar, das in dieser Woche ebenfalls vorgestellt wird.
- In zweiter und dritter Lesung steht das **Gesetz zur Vermeidung kurzfristiger Marktengpässe bei flüssiger Biomasse** zur Verabschiedung an, mit dem das Erfordernis der Nachhaltigkeitszertifizierung auf den 1. Januar 2011 verschoben wird, um kurzfristige Marktengpässe auf dem Markt für flüssige Biomasse zu verhindern. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die zu seiner Ausführung erlassene Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung schreiben vor, dass

flüssige Biomasse (z.B. Rapsöl, Palmöl, Sojaöl) ab 1. Juli 2010 grundsätzlich nur noch dann nach dem EEG vergütet werden kann, wenn sie nachhaltig hergestellt worden ist. Die Nachhaltigkeit muss im Rahmen eines Zertifizierungsverfahrens nachgewiesen werden. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der hierfür vorausgesetzte Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Zertifizierungsstrukturen mehr Zeit in Anspruch nimmt als bei Erlass der Verordnung erwartet.

- Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Sechste Gesetz zur Änderung des Filmförderungsgesetzes** verabschieden. Mit diesem wird das Filmförderungsgesetz im Hinblick auf die Zahlung einer Filmabgabe rückwirkend bis 2004 so geändert werden, dass auch für Fernsehveranstalter ein Abgabemaßstab gilt. Außerdem soll klargestellt werden, dass die Fernsehveranstalter zur Abgabe verpflichtet sind. Weil der Kino- und der Videosektor ihre Abgaben schon bisher gesetzlich festgeschrieben leisten mussten, die anderen Beteiligten hingegen allein freiwillig, sah das Bundesverwaltungsgericht eine Ungleichbehandlung und regte die nun umgesetzte Novellierung an, durch die die gebotene Abgabengerechtigkeit gewährleistet wird.
- Wir beraten in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung zur **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)**. Das Bundestagsmandat soll bis zum 30. Juni 2011 verlängert werden, wobei die personelle Obergrenze von 800 auf 300 Soldaten und Soldatinnen abgesenkt wird. Die deutsche Marine hilft als Teil des seit 2006 laufenden VN-Einsatzes, den Waffenschmuggel an die radikal-islamische Hisbollah zu verhindern. Künftig wird der Schwerpunkt der deutschen Beteiligung bei der Ausbildung und dem Fähigkeitsaufbau der libanesischen maritimen Streitkräfte liegen. Sowohl die libanesische als auch die israelische Regierung haben ausdrücklich um die Aufrechterhaltung des deutschen Engagements gebeten.
- Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS)** steht zur Beratung an. Das Bundestagsmandat soll bis zum 15. August 2011 verlängert werden. Die VN-Mission ist als stabilisierendes Element zur Wahrung der Sicherheit der Zivilbevölkerung im Sudan unverzichtbar. Die deutschen Kräfte leis-

ten hierfür einen wichtigen Beitrag. Die personelle Obergrenze des deutschen Beitrages beträgt weiterhin 75 Soldatinnen und Soldaten, die im Schwerpunkt zur Wahrnehmung von Militärbeobachteraufgaben und in von UNMIS gebildeten Stäben und Hauptquartieren eingesetzt sind.

- Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID)** beraten wir in dieser Woche. Das Bundestagsmandat soll ebenfalls bis zum 15. August 2011 verlängert werden. Diese VN-Mission dient als stabilisierendes Element der Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und begleitet die politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise. Die personelle Obergrenze des deutschen Beitrages wird von 250 Soldatinnen und Soldaten auf 50 reduziert, weil der strategische Lufttransport nicht abgefragt wurde.

III. Daten und Fakten

- **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich.** Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück. Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Millionen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Millionen. (Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)
- **Höhere Zuwanderung senkt Wanderungsdefizit.** Im vergangenen Jahr sind 721.000 Personen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gezogen. Dies waren 39.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2008 (+6 Prozent). Hauptherkunftsländer waren Polen (123.000), Rumänien (56.000), die USA (30.000), die Türkei (30.000) und Bulgarien (29.000). Auch die Zahl der Zuzüge deutscher Personen ist mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Gleichzeitig wurden im selben Zeitraum rund 734.000 Fortzüge verzeichnet. Die Hauptzielländer der Auswanderer waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Insgesamt ergibt sich damit ein Wanderungsdefizit von 13.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wanderungsdefizit durch die höhere Zuwanderung um etwa 43.000 Personen verringert. In den Jahren 1985 bis 2007 konnte jeweils ein Wanderungsüberschuss verzeichnet werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Aufschwung gewinnt an Fahrt.** Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im Zeitraum April - Juni ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft. Insbesondere das produzierende Gewerbe wuchs im ersten Quartal um stattliche 3,1 Prozent. Eine gute Auftragslage in der Industrie und deutliche Zuwächse im Export sprechen zudem für einen Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiert.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)